



**SCHNIGGE**  
Wertpapierhandelsbank AG

# **SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG**

Halbjahresfinanzbericht

zum

30. Juni 2013



**SCHNIGGE**  
Wertpapierhandelsbank AG

## **Inhaltsverzeichnis**

Zwischenabschluss zum 30. Juni 2013

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar 2013 – 30. Juni 2013

Anhang

Zwischenlagebericht

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

**Zwischenbilanz**

**SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG, Düsseldorf,  
zum  
30. Juni 2013**

<b>Aktivseite</b>	Stand am 30. Juni 2013 EUR	Stand am 30. Juni 2012 TEUR	<b>Passivseite</b>	Stand am 30. Juni 2013 EUR	Stand am 30. Juni 2012 TEUR
1. Barreserve Kassenbestand	2.084,57	1	1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten täglich fällig	3.021.725,58	3.362
2. Forderungen an Kreditinstitute a) täglich fällig	259.634,54	434	2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden darunter: an Finanzdienstleistungsinstitute EUR 39.496,77 (i. V. EUR 14.257,35)	210.112,65	421
3. Forderungen an Kunden darunter: an Finanzdienstleistungsinstitute EUR 61.989,12 (i. V. EUR 44.534,60)	488.524,07	206	3. Handelsbestand	7.674.005,43	2.347
4. Handelsbestand	17.225.364,51	12.503	4. Treuhandverbindlichkeiten	5.666,46	10
5. Treuhandvermögen	5.666,46	10	5. Sonstige Verbindlichkeiten	282.585,81	182
6. Immaterielle Anlagewerte	553.312,69	636	6. Rechnungsabgrenzungsposten	61.350,60	136
7. Sachanlagen	107.101,05	163	7. Rückstellungen		
8. Sonstige Vermögensgegenstände	213.810,94	289	a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	222.810,00	209
9. Rechnungsabgrenzungsposten	110.947,39	97	b) Steuerrückstellungen	0,00	0
			c) andere Rückstellungen	619.310,42	583
				<u>842.120,42</u>	<u>792</u>
			8. Fonds für allgemeine Bankrisiken darunter: Sonderposten gemäß § 340e Abs. 4 HGB EUR 914.909,44 (i. V. EUR 819.909,44)	2.365.000,00	2.270
			9. Eigenkapital		
			a) gezeichnetes Kapital (bedingtes Kapital EUR 1.400.892,00)	2.801.785,00	2.802
			b) Kapitalrücklage	2.121.072,00	2.121
			c) Gewinnrücklage		
			ca) gesetzliche Rücklage	66.328,91	66
			d) Gewinnvortrag	5.845,27	1
			e) Jahresfehlbetrag	-491.151,91	-171
	<u>18.966.446,22</u>	<u>14.339</u>		<u>18.966.446,22</u>	<u>14.339</u>

**Gewinn- und Verlustrechnung**  
**der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG, Düsseldorf,**  
**für die Zeit vom 1. Januar bis zum 30. Juni 2013**

	30. Juni 2013 Euro	30. Juni 2012 TEuro
1. Zinserträge aus		
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	355,68	2
2. Zinsaufwendungen	15.823,85	22
	<u>-15.468,17</u>	<u>-20</u>
3. Laufende Erträge aus		
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	24.188,54	101
4. Provisionserträge		
davon	1.847.924,79	2.065
Courtageerträge EUR 926.238,13 (i.V. TEUR 923)		
5. Provisionsaufwendungen	294.639,77	362
davon	1.553.285,02	1.703
Courtageaufwendungen EUR 47.113,88 (i.V. TEUR 33)		
6. Ergebnis des Handelsbestandes		
a) Ertrag des Handelsbestandes		
davon:		
aa) Wertpapiere	3.308.503,03	3.302
ab) Futures	0,00	0
ac) Optionen	5.639,87	36
ad) Kursdifferenzen aus Aufgabegeschäfte	3.027.603,69	3.305
	<u>6.341.746,59</u>	<u>6.643</u>
b) Aufwand des Handelsbestandes		
davon:		
ba) Wertpapiere	3.541.901,55	4102
bb) Futures	0,00	0
bc) Optionen	201,57	8
bd) Kursdifferenzen aus Aufgabegeschäfte	2.141.130,96	2.515
	<u>5.683.234,08</u>	<u>6.625</u>
7. Sonstige betriebliche Erträge	44.405,29	879
8. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen		
a) Personalaufwand		
aa) Löhne und Gehälter	1.241.336,33	1.185
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	199.862,37	189
	<u>1.441.198,70</u>	<u>1.374</u>
b) andere Verwaltungsaufwendungen	1.339.887,96	1.321
	<u>2.781.086,66</u>	<u>2.695</u>
9. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	91.226,55	189
10. Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.505,03	0
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	0,00	9
12. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft	0,00	42
<b>13. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit</b>	<b>-608.895,05</b>	<b>-170</b>
14. Außerordentliche Erträge	119.691,14	0
15. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 10 ausgewiesen	1.948,00	1
	<u>1.948,00</u>	<u>1</u>
<b>16. Jahresfehlbetrag</b>	<b>-491.151,91</b>	<b>-171</b>

## **Zwischenlagebericht der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG, Düsseldorf zum 30.6.2013**

### **Geschäftsverlauf und -lage**

Das Marktumfeld für das Geschäftsmodell der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG war für das gesamte 1. Halbjahr 2013 weiterhin als schwierig zu bezeichnen. Besonders erschwerend kommt für unser Geschäftsmodell die rückläufige Umsatztätigkeit in allen Teilbereichen unserer Handelsaktivitäten hinzu.

### **Bilanz- und Geschäftsentwicklung**

Das Provisionsergebnis betrug TEUR 1.553 (VJ: TEUR 1.703). Das Handelsergebnis betrug TEUR 659 (VJ: TEUR 18). Im 1. Halbjahr 2013 stiegen die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen auf TEUR 2.781 (VJ: TEUR 2.695), wobei der Personalaufwand auf TEUR 1.441 (VJ: TEUR 1.374) und die anderen Verwaltungsaufwendungen mit TEUR 1.340 gegenüber dem Vorjahreszeitraum (VJ: TEUR 1.321) zunahmen. Das außerordentliche Ergebnis in Höhe von TEUR 120 resultiert aus weiteren Schadensersatzzahlungen, die aufgrund des Vorgangs „Gamma Trading“ in 2008 gerichtlich geltend gemacht wurden.

Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen wurden in Höhe von TEUR 91 (VJ: TEUR 189) vorgenommen. Das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit erreichte TEUR -609 (untestiert) nach TEUR -170 im Vorjahr und wurde u.a. durch unrealisierte Kursverluste erheblich belastet.

Unter Berücksichtigung des außerordentlichen Ergebnisses von TEUR 120 sowie des Steueraufwandes von TEUR 2 verringerte sich der untestierte Jahresfehlbetrag auf TEUR -491 (VJ: TEUR -171).

**Die folgenden Abschnitte sollten in Verbindung mit dem Ausblick im Lagebericht und dem Risikobericht im Geschäftsbericht 2012 gelesen werden:**

### **Risikobericht**

Als für unsere Gesellschaft wesentliche relevante Risiken haben wir Folgende definiert: Adressenausfallrisiken, Marktrisiken und operationelle Risiken. Adressenausfallrisiken bedeuten die Gefahr des Ausfalls von vertraglich zugesagten Leistungen oder entgangenen Gewinnen durch einen Vertragspartner. Wir unterscheiden zwischen Kontrahentenrisiken und Emittentenrisiken. Kontrahentenrisiken sind für uns zu vernachlässigen, da unsere Börsengeschäfte fast ausschließlich „Zug um Zug“ abgewickelt werden. Emittentenrisiken werden permanent, auch untertäglich in Aktiennettopositionen einzelner Gattungen überprüft. Hier sind feste Limite vorgegeben. Die Marktrisiken werden täglich von der Controlling-Abteilung nach Art und Höhe ermittelt. Der Vorstand hat Limite für jeden Bereich beschlossen, die in Handelsrichtlinien zusammengefasst sind. Die Risiken aus den Wertpapierpositionen werden permanent gemessen und überwacht, um sie so gering wie möglich zu halten. Operationelle Risiken beziehen sich auf alle Risiken, welche mit unserer Geschäftstätigkeit verbunden sind. Unerwartete Fehler in Prozess- und Arbeitsabläufen können solche Risiken mit sich bringen. Die Übertragung und Auslagerung zentraler operativer Prozesse auf spezialisierte Abwickler hat die entsprechenden Risiken weiter minimiert. Darüber hinaus sind unsere Systeme redundant ausgelegt. Dennoch kann es zu Störungen kommen, welche sich negativ auf unsere Geschäftstätigkeit auswirken können.

### **Ausblick**

Die ersten Wochen des 2. Halbjahres bestärken uns – trotz steigender Indizes - in der Einschätzung der unsicheren und als extrem schwierig zu bezeichnenden politisch geprägten Marktverhältnisse für die zweite Jahreshälfte.

Die Erreichung eines ausgeglichenen Jahresergebnisses für das Gesamtjahr sehen wir vor diesem Hintergrund als ambitioniert, aber auch nicht als unrealistisch an.

## Anhang der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG, Düsseldorf

zum 30. Juni 2013

### A. Allgemeine Angaben

Der Zwischenabschluss zum 30. Juni 2013 der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG wurde nach den allgemeinen Vorschriften des HGB, des AktG sowie nach der für Kreditinstitute und für Finanzdienstleistungsinstitute geltenden Verordnung über die Rechnungslegung der Kredit- und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt.

Es wurden dieselben Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden des vorherigen Abschlusses angewandt.

Die Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgt entsprechend § 2 RechKredV nach Formblatt 1 und 3. Vom Wahlrecht des § 265 Abs. 8 HGB wurde aus Gründen der Übersichtlichkeit Gebrauch gemacht.

### B. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

#### 1. Allgemeines

Der Zwischenabschluss wurde unter Berücksichtigung der Verwendung des Jahresergebnisses aufgestellt.

Geschäfte in **fremder Währung** wurden im Halbjahr 01.01. – 30.06.2013 in geringfügigem Umfang zur Abwicklung von kundeninduzierten Wertpapiergeschäften sowie Eigenhandelszwecken getätigt. Die Währungsumrechnung erfolgte gemäß § 340h i. V. m. § 256a HGB.

**Forderungen an Kreditinstitute** sind mit dem Nennwert ausgewiesen. Aufgrund von Kompensationsvereinbarungen werden Forderungen an Kreditinstitute und Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten teilweise verrechnet.

**Forderungen an Kunden** sind zum Nennwert ausgewiesen. Alle erkennbaren Einzelrisiken wurden bei der Bewertung berücksichtigt.

Die im Bestand befindlichen **Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere** sowie **Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere** sind dem Handelsbestand zugeordnet und gemäß § 340e (3) HGB mit dem beizulegenden Zeitwert abzüglich eines Risikoabschlags bilanziert.

Die Bewertung des Handelsbestands erfolgt nach den folgenden Grundsätzen:

Besteht für ein Finanzinstrument ein aktiver Markt, so entspricht der beizulegende Zeitwert dem Marktpreis. Soweit kein aktiver Markt besteht, anhand dessen sich ein Marktpreis ermitteln lässt, wird der beizulegende Zeitwert mithilfe allgemein anerkannter Bewertungsmethoden bestimmt. Lässt sich der beizulegende Zeitwert weder nach § 255 Abs. 4 Satz 1 HGB (Marktwert

auf einem aktiven Markt) noch nach § 255 Abs. 4 Satz 2 HGB (Anwendung einer allgemein anerkannten Bewertungsmethode bei nicht aktivem Markt) ermitteln, werden die Anschaffungskosten gemäß § 253 Abs. 4 HGB fortgeführt (§ 255 Abs. 4 Satz 3 HGB). Dabei gilt der zuletzt anhand eines Marktwerts auf einem aktiven Markt oder anhand eines allgemein anerkannten Bewertungsverfahrens ermittelte beizulegende Zeitwert als Anschaffungskosten.

Die institutsintern festgelegten Kriterien für die Einbeziehung von Finanzinstrumenten in den Handelsbestand haben sich im Geschäftsjahr nicht geändert.

**Immaterielle Anlagewerte** und **Sachanlagen** wurden zu Anschaffungskosten abzüglich planmäßiger, nutzungsbedingter Abschreibungen bilanziert. Die entgeltlich erworbenen Marktanteile für die Spezialistenfunktion für Titel des regulierten Marktes werden linear über eine Laufzeit von vier Jahren abgeschrieben. Die Marktanteile für die Spezialistenfunktion im Freiverkehr unterliegen einer linearen Abschreibung von zehn Jahren. Im Übrigen erfolgen die planmäßigen Abschreibungen linear mit den steuerlich zulässigen Sätzen.

**Geringwertige Wirtschaftsgüter** werden im Zugangsjahr in voller Höhe abgeschrieben und als Abgang behandelt.

Für vor dem 1. Januar 2010 erworbene abnutzbare bewegliche Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens mit Anschaffungskosten über EUR 150,00 bis EUR 1.000,00 wurde gemäß § 6 Abs. 2a EStG ein Sammelposten gebildet, der im Wirtschaftsjahr der Bildung und in den folgenden vier Wirtschaftsjahren mit je 20 % aufgelöst wird.

Die **sonstigen Vermögensgegenstände** wurden zum Nennwert angesetzt.

Die **Verbindlichkeiten** wurden mit den Erfüllungsbeträgen angesetzt.

Die **anderen Rückstellungen** wurden gebildet für ungewisse Verbindlichkeiten sowie für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften.

Die Rückstellungen berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewisse Verbindlichkeiten. Sie sind in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages bewertet.

## **C. Erläuterungen zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung**

### **I. Bilanz**

#### **1. Fristengliederung bestimmter Bilanzposten nach Restlaufzeiten gemäß § 9 RechKredV**

Die **Forderungen an Kunden** haben eine Restlaufzeit von bis zu drei Monaten.

## 2. Handelsbestand

Für die zum Bilanzstichtag im Bestand befindlichen Wertpapiere ergibt sich gemäß § 35 Abs. 1 Nr. 1 RechKredV folgende Aufgliederung:

<u>Handelsbestand (Aktiva)</u>	Buchwert TEUR	davon börsen- notiert TEUR	davon nicht börsen- notiert TEUR
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	4.210	4.210	0
Aktien und andere nicht fest- verzinsliche Wertpapiere	13.015	12.872	143
	<u>17.225</u>	<u>17.082</u>	<u>143</u>

<u>Handelsbestand (Passiva)</u>	Buchwert TEUR	davon börsen- notiert TEUR	davon nicht börsen- notiert TEUR
Lieferverpflichtungen:			
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.315	1.315	0
Aktien und andere nicht fest- verzinsliche Wertpapiere	6.359	6.359	0
	<u>7.674</u>	<u>7.674</u>	<u>0</u>

Die Wertpapiere des Handelsbestandes wurden gemäß § 340e HGB mit dem beizulegenden Zeitwert bilanziert.

Auf das gesamte Netto-Portfolio wurde ein Risikoabschlag (Value-at-Risk) ermittelt und bilanziert.

Die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG ermittelt den Value-at-Risk des Portfolios mit einer Haltedauer von zehn Tagen und einem Konfidenzniveau von 99 %. Der Beobachtungszeitraum beträgt drei Jahre.

Der Risikoabschlag zum 30.06.2013 beträgt TEUR 130.



### 3. Anlagevermögen

Das Anlagevermögen hat sich wie folgt entwickelt:

	<u>Anschaffungskosten</u>			<u>Abschreibungen</u>		<u>Buchwert</u>	
	Stand am	Zugänge	Abgänge	Stand am	2013	kumuliert	Stand am
	31.12.2012			30.6.2013			30.6.2013
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Immaterielle Anlagewerte	2.225	0	0	2.225	59	1.673	552
Sachanlagen	1.511	13	1	1.523	32	1.415	108
	<u>3.736</u>	<u>13</u>	<u>1</u>	<u>3.748</u>	<u>91</u>	<u>3.088</u>	<u>660</u>

Die Gesellschaft besitzt keine eigen genutzten Grundstücke oder Gebäude.

Die in den Sachanlagen enthaltene Betriebs- und Geschäftsausstattung dient in Höhe von TEUR 108 dem eigenen Geschäftsbetrieb.

### 4. Treuhandvermögen und -verbindlichkeiten

Das Treuhandvermögen besteht aus Anzahlungen zum Kauf von Wertpapieren, die VL-Sparer im Zusammenhang zwischen den von diesen und der Gesellschaft geschlossenen Wertpapier-Sparverträgen für vermögenswirksame Leistungen auf das Treuhandkonto eingezahlt haben.

Das diesem Geschäftsbereich grundsätzlich zugeordnete Geschäft der Abwicklung von Verträgen zur Anlage von vermögenswirksamen Leistungen (VL) wurde eingestellt. Mit Wirkung zum 30. November bzw. 31. Dezember 2011 wurde den VL-Sparern die Einstellung der VL-Dienstleistung mitgeteilt. Die von den VL-Sparern auf ein Treuhandkonto bei der Commerzbank AG Spremberg eingezahlten Sparbeiträge wurden größtenteils bereits an die VL-Sparer bzw. deren Arbeitgeber zurückgezahlt.

### 5. Sonstige Vermögensgegenstände

Die sonstigen Vermögensgegenstände in Höhe von TEUR 214 enthalten im Wesentlichen mit TEUR 175 Körperschaftsteuerrückforderungen sowie Forderungen gegenüber Mitarbeiter in Höhe von TEUR 12.

## 6. Sonstige Verbindlichkeiten

Die sonstigen Verbindlichkeiten in Höhe von TEUR 283 enthalten im Wesentlichen mit TEUR 177 offene Rechnungen aus Lieferungen und Leistungen, sowie mit TEUR 82 Verbindlichkeiten aus abzuführender Lohn- und Kirchensteuer.

## 7. Andere Rückstellungen

Die anderen Rückstellungen in Höhe von TEUR 619 entfallen im Wesentlichen mit TEUR 221 auf ausstehende Rechnungen für in Anspruch genommene Dienstleistungen, mit TEUR 113 auf Boni und Tantiemen, mit TEUR 58 auf Urlaubsansprüche sowie mit TEUR 127 auf Rechts- und Beratungskosten.

## 8. Eigenkapital

### Grundkapital

Das Grundkapital der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG setzt sich am Bilanzstichtag unverändert zusammen aus 2.801.785 Stückaktien mit einem rechnerischen Nennwert von EUR 1,00 je Aktie.

### Kapitalrücklage

Die Kapitalrücklage resultiert mit EUR 1.681.071,00 aus der im Rahmen der Kapitalerhöhung in 2008 erfolgten Ausgabe von 560.357 neuen Stückaktien zu einem Ausgabepreis von EUR 4,00 je Aktie (§ 272 Abs. 2 Nr. 1 HGB), sowie mit EUR 440.000,00 aus der im Rahmen der Sachkapitalerhöhung erfolgten Ausgabe von 110.000 neuen Stückaktien zu einem Ausgabepreis von EUR 5,00 je Aktie (§ 272 Abs. 2 Nr. 1 HGB) im Geschäftsjahr 2007. Weiterhin resultiert EUR 1,00 aus der Herabsetzung des Grundkapitals im Geschäftsjahr 2005 durch Einziehung einer Inhaberstückaktie in vereinfachter Form nach § 237 Abs. 3 Nr. 1 AktG.

Die Kapitalrücklage beträgt gegenüber dem Vorjahr unverändert EUR 2.121.072,00.

### Gesetzliche Rücklage

Nach § 150 Abs. 1 AktG ist eine gesetzliche Rücklage zu bilden. Diese beträgt gemeinsam mit der Kapitalrücklage, da die Satzung keinen höheren Wert bestimmt hat, 10 % des Grundkapitals (§ 150 Abs. 2 AktG). Die gesetzliche Rücklage nach § 150 Abs. 2 AktG ist voll dotiert.

Die gesetzliche Gewinnrücklage beträgt gegenüber dem Vorjahr unverändert EUR 66.328,91.

### Genehmigtes Kapital

Der Vorstand der Gesellschaft ist zu folgenden Kapitalerhöhungen ermächtigt:

Der Vorstand wurde mit Beschluss der ordentlichen Hauptversammlung vom 24. Juni 2009 ermächtigt, bis zum 23. Juni 2014 das Grundkapital der Gesellschaft mit Zustimmung des Aufsichtsrats einmal oder mehrfach um bis zu insgesamt EUR 1.400.892,00 durch Ausgabe von bis zu 1.400.892 neuen Stückaktien gegen Bar- oder Sacheinlagen zu erhöhen (Genehmigtes Kapital 2009). Den Aktionären ist das Bezugsrecht einzuräumen. Der Vorstand wird jedoch ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Bezugsrecht der Aktionäre auszuschließen. Ein Bezugsrechtsausschluss ist jedoch nur in bestimmten Fällen zulässig.

### Bedingtes Kapital

Der Vorstand wurde durch die Hauptversammlung vom 24. Juni 2009 ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats Schuldverschreibungen im Gesamtnennbetrag von bis zu EUR 7.000.000,00 mit Wandlungsrecht oder mit in Optionsscheinen verbrieften Optionsrechten auf bis zu 1.400.892 neue, auf den Inhaber lautende Stückaktien der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG mit einem anteiligen Betrag des Grundkapitals von insgesamt bis zu EUR 1.400.892,00 und einer Laufzeit von längstens 20 Jahren nach näherer Maßgabe der Options- und/oder Wandelanleihebedingungen auszugeben (Schuldverschreibungen).

Die Ausgabe der Schuldverschreibungen kann auch gegen Erbringung einer Sachleistung erfolgen. Die Ermächtigung umfasst auch die Möglichkeit, für von Konzerngesellschaften (d. h. hundertprozentige unmittelbare oder mittelbare Beteiligungsgesellschaften der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG) ausgegebene Schuldverschreibungen die erforderlichen Garantien zu übernehmen und zur Erfüllung der mit diesen Schuldverschreibungen eingeräumten Wandlungs- oder Optionsrechte auf den Inhaber lautende Aktien der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG zu gewähren.

Die Ermächtigung gilt bis zum 23. Juni 2014. Die Schuldverschreibungen können einmalig oder mehrmals, insgesamt oder in Teilen begeben werden. Die einzelnen Teilschuldverschreibungen sind mit unter sich jeweils gleichrangigen Rechten und Pflichten versehen.

### **9. Beteiligungen an der Gesellschaft gemäß § 21 WpHG**

Die Augur Financial Holding Zwei GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main, hat mit Schreiben vom 21. Dezember 2007 gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihre Stimmrechte an unserer Gesellschaft am 19. Dezember 2007 die Schwellen von 3 %, 5 %, 10 %, 25 %, 30 %, 50 %, 75 % überschritten haben und 81,17 % betragen.

Im laufenden Geschäftsjahr 2013 haben wir keine Mitteilungen nach § 21 Abs. 1 WpHG über Veränderungen erhalten. Zum 30. Juni 2013 beträgt der Anteil der Augur Financial Holding Zwei GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main, an unserer Gesellschaft 91,58 %.

## II. Gewinn- und Verlustrechnung

### 1. Laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren

Die laufenden Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren stammen aus Wertpapieren des Handelsbestands.

### 2. Sonstige betriebliche Erträge

Der Posten enthält im Wesentlichen mit TEUR 37 Erträge aus der Pkw-Nutzung.

### 3. Periodenfremde Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten TEUR 7 periodenfremde Erträge. Sie betreffen mit TEUR 7 Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen.

### 4. Honorare für Prüfungs- und Beratungsleistungen

Nach § 285 Nr. 17 HGB sind folgende als Aufwand erfasste Honorare\*) für den Abschlussprüfer des Jahresabschlusses angefallen:

a) Abschlussprüfungsleistungen	TEUR	2
--------------------------------	------	---

### 5. Latente Steuern

Unter Berücksichtigung aller Differenzen zwischen Handels- und Steuerbilanz beim Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB, dem Handelsbestand, den Pensionsrückstellungen, der teildotierten Aufwandsrückstellung sowie steuerlicher Verlustvorträge und der Gegenüberstellung der daraus resultierenden aktiven und passiven latenten Steuern besteht ein aktiver Überhang. Der für die Bewertung zu Grunde gelegter Steuersatz beträgt 31,2 %. Von einer Aktivierung des aktiven latenten Steuerüberhangs wurde aufgrund eines bestehenden Wahlrechts nach § 274 Abs. 1 HGB abgesehen.

---

\*) zuzüglich gesetzlicher Mehrwertsteuer

## D. Sonstige Angaben

### 1. Haftungsverhältnisse

Entsprechend dem Börsengesetz wurden gegenüber diversen deutschen Börsen sowie gegenüber der Deutsche Börse AG wegen Teilnahme am XETRA-Handel Sicherheiten in Form von Avalen bei der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG, Düsseldorf, in Höhe von TEUR 2.050 sowie darüber hinaus Mietavale von TEUR 80 geleistet. Hierfür wurden die laufenden Guthabenkonto, das Festgeldkonto sowie sämtliche Depots bei diesem Institut verpfändet.

### 2. Eigenkapitalspiegel

in EURO	Gezeichnetes Kapital	Kapitalrücklage	gesetzliche Gewinnrücklage	Bilanzgewinn/-verlust	Eigenkapital
31.12.2012	2.801.785,00	2.121.072,00	66.328,91	5.845,27	4.995.031,18
Gewinnvortrag				-5.845,27	-5.845,27
Bilanzverlust 1.HJ 2013				-485.306,64	-485.306,64
30.06.2013	2.801.785,00	2.121.072,00	66.328,91	-485.306,64	4.503.879,27

Die Eigenmittel nach § 10 KWG betragen zum 31.12.2012 TEUR 6.749.

### 3. Derivative Finanzinstrumente und Finanzanlagen

Derivative Finanzinstrumente bestanden zum Bilanzstichtag nicht.

Es besteht kein Finanzanlagevermögen, das über seinem Zeitwert ausgewiesen wird (§ 285 Nr. 19 HGB).

### 4. Konzernzugehörigkeit

Die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG ist ein verbundenes Unternehmen innerhalb der Augur Capital-Gruppe. Die Augur Financial Opportunity SICAV, Luxemburg/Luxemburg, ist in Luxemburg von der Aufstellungspflicht für einen Konzernabschluss befreit.

## 5. Mitarbeiter

Am Bilanzstichtag waren 30 Angestellte beschäftigt, die sich getrennt nach Handel und Verwaltung wie folgt aufteilen:

	<u>Anzahl</u>
Vorstand	2
Angestellte Handel*	23
Angestellte Verwaltung	<u>5</u>
	<u>30</u>
* davon Mitarbeiter/in in Teilzeit	3

Düsseldorf, 29. August 2013

SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG  
Der Vorstand

Florian Weber

Martin Liedtke

## Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Nach bestem Wissen versichern wir, dass der Halbjahresfinanzbericht unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt und im Zwischenlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Gesellschaft so darstellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Gesellschaft im verbleibenden Geschäftsjahr beschrieben sind.

Dieser Halbjahresfinanzbericht ist als verkürzter Abschluss und Zwischenlagebericht weder einer prüferischen Durchsicht noch entsprechend § 317 ff HGB geprüft worden.

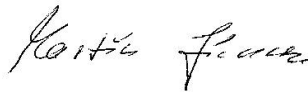
Düsseldorf, den 29. August 2013

SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG

Der Vorstand



Florian Weber



Martin Liedtke